

Bezugspreis*) monatl. M.

bei der Geschäftsstelle 500 000

bei den Ausgabestellen 505 000

durch Zeitungsboten 510 000

durch Post inkl. Geb. 513 000

ins Ausland 700 000 poln. M.

in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Die obigen Preise gelten nur als

Grundpreise. Der Verlag behält

sich das Recht vor, bei zu großer

Zunahme eine Nachforderung

für den laufenden Monat zu fordern.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tagesblatt Polen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Verlagen.

Anzeigenpreis:
f. b. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens.... 5000 M.
Reklameteil 12000 M.
Anzeigenteil 5000 M.
Reklameteil 12000 M.

für Anträge
aus Deutschland
in deutscher Währung nach Kurs.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Polen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Das außenpolitische Programm Roman Dmowskis.

In der Freitagssitzung des Sejm Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sprach der Außenminister Roman Dmowski über Polens Außenpolitik.

Er betonte, daß die polnische Außenpolitik in der geographischen Lage und im Stand der Finanzen ihren Ausgangspunkt haben müsse. Der Besitz anerkannter Grenzen gebe Polen die Sicherheit, eine Friedenspolitik betreiben zu können. Was die Sanierung der Finanzen betreffe, so müsse Polen, um das gesteckte Ziel zu erreichen, ein Leben in Frieden mit den Nachbarn erstreben. Das Bestreben des Ministers wird dahin gehen, daß die polnische Außenpolitik ein in sich geschlossenes, einheitliches System darstellt und alle ihre Schritte ein Ausfluß der allgemeinen Pläne sind. Die Außenpolitik Polens müsse sich auf strikteste Respektierung der Verträge und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarn und anderer Staaten stützen und größte Entwicklung der Handelsbeziehungen Polens zu den Randstaaten ins Auge fassen. Diese Grundzüge müßten in aktuellen Fragen gegenüber der Sowjetrepublik, gegenüber Litauen, in der Memelfrage usw. angewandt werden. Zu den Verhandlungen mit dem Sowjetdelegierten Kopp sagte der Minister, daß die Durchführung des Rigaer Vertrages und die Anerkennung der in der Verfassung der Sowjetrepublik eingetragenen Änderungen zum Zweck hätten. Bei den Verhandlungen seien politische Momente ausgeglichen worden. Die polnische Regierung habe die Anerkennung der Verfassungsänderungen von der Schaffung eines polnischen Konsulats in Moskau abhängig gemacht. Da jedoch dieser Punkt in wirtschaftlicher Hinsicht nicht dringlich sei, habe der Minister es für angezeigt gehalten, auf diese Angelegenheit nicht zu großen

Nachdruck zu legen. Es habe sich jedoch gezeigt, daß die vom Sowjetvertreter gemachten Vorschläge einen streng politischen Zweck verfolgten. Kopp habe eine streng politische Transitformel erhalten wollen. Darauf habe Polen aus grundsätzlichen Gründen nicht eingehen können.

Einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen mit dem Sowjetvertreter gab Vizeminister Sedha. Er erklärte, daß der russische Vertreter als Ziel der Verhandlungen mit Polen den Abschluß eines Vertrages bezeichnete, der folgendes umfassen sollte: 1. Die allgemeinen Grundzüge eines Handelsvertrages. 2. Präzisierung der Transitfrage. 3. Die Festlegung der Raten und des Termins für die Abzahlung der Polen zuzurechnenden 80 Millionen Goldrubel. 4. Die Angelegenheit des Personenaustausches. Bezüglich des zweiten Punktes verlangte Kopp, daß die polnische Regierung auf die Vorbehalte bezüglich des Transits von Waren deutscher und österreichischer Herkunft verzichte und die Beschränkungen bezüglich des Transits von Kriegsmaterialien nicht erweitern solle. Von polnischer Seite wurde dem russischen Delegierten geantwortet, daß die Frage des Transits deutscher und österreichischer Waren vorerst von der Normierung der Handelsbeziehungen zu Deutschland und Österreich abhänge. Diese Frage ließe sich nicht in eine politische Formel kleiden, wie sie der russische Delegierte erstrebt habe. Da die polnische Regierung die politische Formel des Delegierten der Sowjetregierung nicht annahm, erklärte dieser, daß er die anderen Fragen einstellen als nicht aktuell betrachte. Die weiteren Verhandlungen sollten in Moskau stattfinden.

Nach der Rede Dr. Sedhas entspann sich eine Diskussion über die Ziele der Sowjetpolitik und die Taktik Polens gegenüber Sowjetrußland. Dieser Teil der Sitzung wurde als geheim erklärt.

Vertrauensvotum für die Regierung mit 19 Stimmen Mehrheit.

Zu Beginn der Freitagssitzung des Sejm hielt der Sejmarschall eine Ansprache, die die Zusammenhänge in der letzten Sejm Sitzung zum Gegenstand hatte. Nachdem dann zwei neue Abgeordnete vereidigt worden waren, betrat der Sozialist Marek die Rednertribüne. Als die Abgeordneten des Nationalen Volksverbandes seiner ansichtig wurden, verließen sie den Saal, um die Ausführungen des Sozialisten nicht zu hören.

Abg. Marek machte die Regierung für die Krakauer Vorgänge verantwortlich und bestritt, gegen die Feststellung des Innenministers, daß sozialistische Agitatoren die blutigen Vorgänge in Krakau verurteilt hätten.

Nach der Rede des Abg. Michalak, der die Ausführungen Mareks unterstützte und bekanntgab, daß die Nationale Arbeiterpartei für die Entlassung der Sozialisten stimmen werde, ergriff der Abg. Wittner von der Christlichen Demokratie das Wort, um einerseits gegen

die Sozialisten vorzugehen, andererseits die Regierung auf die Not in den Reihen der Arbeiter aufmerksam zu machen, die die Ursache dafür gewesen sei, daß die Arbeiter sich aus dem Gleichgewicht bringen ließen. Bezüglich der Krakauer Vorgänge müsse man sich an den Grundsatz halten, nicht das blinde Werkzeug zu bestrafen.

Der Abg. Autoslawski vom Nationalen Volksverband erklärte die Sozialistenpartei für die moralische Anführerin der Krakauer Vorgänge. Die gefallenen Zivilpersonen seien unschuldig.

Zum Schluß der Sitzung wurde eine Entschließung der Sozialisten, die die Erklärung des Innenministers Miernik verurteilt und den Rücktritt der Regierung fordert, mit 197 gegen 178 Stimmen abgelehnt. Für die Entschließung stimmten außer den Sozialdemokraten und den Vertretern der Nationalen Arbeiterpartei auch die Minderheiten.

Tritt Herr Kucharski zurück?

Dem „Dziennik Pogl.“ wird aus Warschau gemeldet: Im Zusammenhang mit einer am Donnerstag abgehaltenen Beratung der Sejmfraktion des „Piast“, in der der Ministerpräsident über die äußere und innere Lage sprach, wird in den Wandelgängen des Sejm davon gesprochen, daß ein Teil der Piastfraktion die Politik des jetzigen Finanzministers bekämpft und daß daher der Rücktritt des Herrn Kucharski im Bereich der Wahrscheinlichkeit liegt. In ähnlichem Sinne äußert sich auch der „Kurjer Polski“. Er schreibt: „In politischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß der Finanzminister den Ministerpräsidenten um seine Entlassung gebeten hat. Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt, doch sind mehrere der Mitglieder des Kabinetts selbst für Annahme der Demission Kucharskis. In derselben Richtung arbeiten auch

mehrere Sejmfraktionen der parlamentarischen Mehrheit, die mit Herrn Kucharskis Tätigkeit unzufrieden sind. Den wahren Grund der Rücktrittswünsche des Finanzministers sollen jedoch Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Herrn Gilton Young über die Methode der Sanierung der Finanzen Polens bilden.“ (Vor einigen Tagen wurden diese Meinungsverschiedenheiten geäußert. Anm. der Schriftstg. d. „Pos. Tagebl.“)

Der Finanzrat billigt Kucharskis Politik.

In der letzten Sitzung des neugebildeten Finanzrates sprach der Finanzminister über sein Programm, das er im einzelnen begründete. Das Programm fand die Billigung der Mitglieder des Rates.

Die Einführung der neuen stabilen Währung in Deutschland.

Mit dem 15. November 1923 ist das deutsche Geldwesen in eine neue Entwicklungsphase getreten. Die Rentenbank hat ihre Tätigkeit begonnen, so daß nicht mehr wie bisher die Reichsbank, sondern die Rentenbank das Institut sein wird, bei dem das Reich schwebende Schulden durch Diskontierung von Schatzanweisungen aufnimmt. Die Rentenbank gibt bis zu 1200 Millionen Rentenmark, wobei eine Rentenmark gleich einer Goldmark ist, Kredite, wovon das Reich sofort ein zinsloses Darlehen von 300 Millionen erhält, die zur Einführung der bei der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen dienen.

Diese Grundzüge muß man sich gegenwärtig halten, um den Charakter des neuen Geldes richtig einzuschätzen. Am Donnerstag hat das Reich seine ersten Rentenmarkkredite flüssig gemacht und dafür Rentenmark erhalten. Es kam erst ein beschränkter Betrag von 140 Millionen zur Ausgabe, der an Behörden zur Auszahlung überwiesen wurde. Von nächster Woche ab erfolgt auch die Ausgabe an Private.

Der Umrechnungssatz der Rentenmark zur Papiermark entspricht dem aus der Berliner Dollarnotierung errechneten Goldmarkkurs, also heute 600 Milliarden Papiermark für eine Rentenmark.

In der letzten Sitzung des Reichskabinetts wurde beschlossen, von dem Gesamtkredit, der durch die Rentenbank zur Verfügung gestellt wird, also von 900 Millionen Rentenmark (abgerechnet das früher erwähnte unverzinsliche 300 Millionen-Darlehen) 100 Millionen in das besetzte Gebiet zu schicken, um die Unterhaltungen für die dortigen Arbeiter weiter zahlen zu können. Da im besetzten Gebiet die Rentenmark von der internationalen Rheinlandkommission nicht zugelassen wird, so wird in der Praxis das Reich die 100 Millionen Rentenmark an die Reichsbank geben, die sie gegen Papiermark eintauscht. Damit kommt die Reichsbank einer populären Forderung der Sozialdemokratischen Partei entgegen, die Zuschüsse für die Arbeiter des besetzten Gebietes weiter zu zahlen und dadurch die Loslösung der Rheinprovinz vom Reich aufzuhalten. Außer dem 1200 Millionen-Kredit in Rentenmark für das Reich wird die Rentenbank noch über 200 Millionen zur

Kreditversorgung der Wirtschaft herausgeben. Das kommt aber erst für eine spätere Zeit in Frage.

Der deutsche Goldetat.

Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Problem des Goldetats. Eine Untersuchung des Reichsfinanzministers ergab einen Bedarf für 1920 von 810, für 1921 von 1190 und von 1922 von 1470 Goldmillionen. Für die Zukunft ist mit einem durchschnittlichen Bedarf von 2,2 bis 2,4 Goldmilliarden zu rechnen. Etwasige Besoldungszuschüsse an Länder und Gemeinden dürften eine weitere Goldmilliarde beanspruchen. Die Einnahmen werden bei vorsichtiger Berechnung mit 3,1 Milliarden Goldmark angesetzt, so daß der Haushalt nur mit den allergrößten Anstrengungen im Gleichgewicht zu halten ist.

Deutsches Notgeld.

Aus Berlin meldet W.T.B.: Durch eine Verordnung des Inhabers der vollziehenden Gewalt werden die Länder, Provinzen und Kommunen berechtigt, wertbeständiges Notgeld zur Beschaffung von Lebensmitteln auszugeben zu dem Betrage, der vom Reichsfinanzminister als gehörig gedeckt anerkannt wird. Innerhalb der Ausgabebezirke ist das Notgeld als gesetzliches Zahlungsmittel anzunehmen. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Oktober 1923 bestraft.

Schuldschneidungen gegen Ausfuhr des neuen Geldes.

Die Reichsregierung erließ eine Verordnung, wonach der Ankauf fremder Valuten gegen Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Notgeld nur in dringenden Notfällen für Industrieunternehmen gestattet ist, wenn ohne dies eine Weiterführung der Betriebe nicht möglich wäre. Der Verkauf von Beträgen im Werte von mehr als 10 Pfund Sterling nach dem Auslande ist verboten.

Das kommende Agrargesetz.

Der neue Entwurf eines polnischen Agrargesetzes bestimmt unter anderem für die Aufteilung und Besiedlung von Rußland, die unter der Kontrolle oder durch Organe des Ministers für Agrarreform ausgeführt werden soll, Landgüter a) deren Besitzer freiwillig Land für die Zwecke der Ansiedlung verkauft haben, die durch die ehemaligen Teilungsmächte mit Zielen, die der polnischen Nationalität feindlich sind, durchgeführt worden ist, b) deren Eigentümer selbst oder ihre Erblasser oder Schenker diese Landgüter unter Bedingungen und Vorbehalten der früheren Teilungsmächte erworben haben, die eine politische Tätigkeit gegen die polnische Nationalität sicherste.

Diese Bestimmungen sind nach mehreren Richtungen bedenklich, und man tut gut, sie sich genau anzusehen.

Was mit der unter a angeführten Bestimmung gemeint ist, kann nicht zweifelhaft sein. Es handelt sich um Besitz, die an die preußische Ansiedlungskommission Land veräußert. Man könnte darüber streiten, ob die Ziele der Ansiedlungskommission wirklich als der polnischen Nationalität feindlich bezeichnet werden können. Das Hauptziel war vielmehr der Schutz des deutschen Besitzes gegen das ständige Vordringen des polnischen Landbesitzes. Aber worauf es ankommt ist dieses: Von wem kaufte die Ansiedlungskommission? Fast ausschließlich natürlich von deutschen Besitzern. Es lag in der Natur der Sache, daß polnische Grundbesitzer, zumal bei der strengen nationalen Disziplin der Polen, fast nie an die preußische Ansiedlungskommission veräußerten. Aus den Jahresberichten der preußischen Ansiedlungskommission ist zu sehen, wie gering der aus polnischer Hand stammende Teil des von ihr aufgeteilten Landes war. So richtet sich diese Bestimmung zweifellos fast ausschließlich gegen den Grundbesitz der deutschen Minderheit.

Die unter b angeführte Bestimmung betrifft zunächst sämtliche Ansiedler. Freilich: daß die Bedingungen und Vorbehalte, unter denen die Ansiedler ihre Stellen vom preußischen Staate erwarben, eine politische Tätigkeit gegen die polnische Nationalität sicherten, muß mit allem Nachdruck bestritten werden. Von einer politischen Tätigkeit war gar keine Rede. Die Bedingungen beschränkten sich vielmehr darauf, daß ein Übergang der Stellen in polnische Hand unmöglich gemacht wurde. Trotz dieser unrichtigen oder ungenauen Formulierung kann nicht bezweifelt werden, daß diese Bestimmung in der Hauptsache die deutschen Ansiedler betrifft. Also eine Bestimmung, die ausschließlich in den Besitz der deutschen Minderheit hineingreift.

Ohne Zweifel sind diese beiden Bestimmungen Ausnahmebestimmungen gegen die deutsche Minderheit, Bestimmungen, die, wenn auch nicht in ihrem Wortlaut, so doch durch ihre unbezweifelbare Tendenz einen Unterschied machen zwischen der deutschen Minderheit und dem übrigen Teil der Bevölkerung, das heißt also eine Sonderbehandlung der deutschen Minderheit in die Wege leiten. Und damit verstoßen sie ohne Zweifel gegen den Minderheitenschutzvertrag zwischen Polen und den alliierten Mächten und sind mit ihm unvereinbar.

In Betracht kommen in erster Linie Art. 7 des Minderheitenschutzvertrages, nach dem die Staatsgesetze auf alle polnischen Staatsangehörigen in einheitlicher Weise anzuwenden sind, und Artikel 8, der besagt, daß nicht nur die Anwendung der Gesetze für alle polnischen Staatsangehörigen die gleiche sein muß, sondern auch kein Ausnahmegesetz zum Nachteil der Interessen der Minderheiten erlassen werden darf.

Und jetzt liegt das Gutachten Nr. 6 des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag vor (vom 10. September 1923), das über den Art. 8 des Minderheitenschutzvertrages sagt: „Es muß ebenso gut eine Gleichheit in der tatsächlichen Lage bestehen wie eine offensichtliche rechtliche Gleichheit in dem Sinne, daß in den Ausdrücken des Gesetzes eine unterschiedliche Behandlung vermieden wird.“ Und ganz deutlich und eindeutig ist das, was das Gutachten über die Anwendung dieses Grundgesetzes sagt, nämlich dieses: Die Tatsache, daß in dem Gesetz vom 15. Juli 1920 über die Annullierung der Ansiedlerrechte keine Sonderbehandlung eines Volkstums zum Ausdruck gebracht sei und daß das Gesetz in einigen Fällen auch gegen nicht deutsche Staatsangehörige anwendbar sei, habe keinen Einfluß auf die Unvereinbarkeit des Gesetzes mit dem Minderheitenschutzvertrag.

An anderer Stelle stellt das Gutachten fest, daß es der Zweck des Minderheitenschutzvertrages sei, die Minderheiten in dem Zustande zu schützen, in dem sie sich bei Abschluß des Vertrages befanden und daß damit jede Entdeutschungspolitik, auch wenn sie sich als Rückgängigmachung früherer Maßnahmen zugunsten des Deutschums darstelle, unzulässig sei.

In noch einem Punkte zeigt sich deutlich der Ausnahmecharakter der in Frage stehenden Bestimmungen. Bei der Enteignung von Privatbesitz für die Zwecke der Agrarreform ist, abgesehen von dem Fall der schlechten Bewirtschaftung,

Grundgedanke des Gesetzes: Jedem Landwirt wird eine lebensfähige Wirtschaft belassen. In der Größe dieser dem Landwirt belassenen Wirtschaft geht der Entwurf nicht unwesentlich über das jetzige Agrargesetz hinaus. Wenn nun bei den genannten Gruppen deutschen Landbesitzes die völlige Enteignung nicht nur Güter von einer Größe trifft, die sich zur Parzellierung eignet, sondern auch Bauernstellen von 60 Morgen (die zu schaffen ja gerade der agrarpolitische Zweck des Gesetzes ist), so ist damit der Ausnahmecharakter dieser Bestimmungen unwiderleglich bewiesen.

Beseitigung des Minderheitenschutzvertrages

verlangt der „Głos Pomorski“. Er hat auch schon ein Rezept fertig, wie das geschehen soll, nämlich:

„Der Minderheitenschutzvertrag ist abgeschlossen zwischen den fünf Großmächten (oder eigentlich vier, da Nordamerika später abgefallen ist) und Polen. Jede Änderung des Vertrages kann nur erfolgen im Einverständnis beider Teile. Nun haben die Großmächte ihre Rechte betreffs der Änderung auf den Völkerbund übertragen und haben sich verpflichtet, ihre Zustimmung zu Änderungen nicht zu verweigern, wenn diese Änderungen von der Mehrheit des Völkerbundes beschlossen werden. Zu Änderungen der Bestimmungen bedarf es also jetzt nur 1. des Einverständnisses Polens mit der Mehrheit des Völkerbundes und 2. des Abschlusses eines neuen Vertrages auf dieser Grundlage zwischen Polen und den fünf Großmächten. Die letzteren werden den Inhalt des neuen Abkommens nicht mehr prüfen, da sie sich ja verpflichtet haben, ihr Einverständnis zu Änderungen der Vorschriften, welcher Art sie auch seien, nicht zu verweigern. Der Umfang dieser Änderungen ist durch nichts umgrenzt worden; es kann dies also jede Änderung sein, und ausgeschlossen ist auch nicht die vollständige Annullierung der entsprechenden Vorschriften des Vertrages. Daraus folgt, daß die nächste Etappe der Tätigkeit der polnischen Regierung auf dem Gebiete des Völkerbundes die sein muß, den Boden vorzubereiten für die Abänderung der Vorschriften des Minderheitenschutzvertrages und die letzte Etappe die Abänderung und Annullierung des Vertrages selbst.“

Annahme des Wehrpflichtgesetzes.

Der Heeresauschuß des Sejm nahm den Entwurf des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht in dritter Lesung an. Der letzte Artikel des Gesetzes besagt, daß das Gesetz für das ganze Gebiet der Republik Geltung hat. Damit wird der Beschluß des vorigen Sejm aufgehoben, der für die Dauer von acht Jahren die Bewohner Schlesiens von der Wehrpflicht befreit.

Die Unverletzlichkeit der Abgeordneten.

Der Geschäftsauswahlschuß des Sejm verhandelte unter dem Vorsitz des Abg. Liebermann (P. P. S.) in Sachen der Auslieferung einer Reihe von Abgeordneten und beschloß, in Sachen der Abgeordneten Kwiatkowski und Traczowski die Auslieferung abzulehnen. In Sachen des Abg. Eisenstein, der von dem Revisionsschuß der Kirche in Brody wegen Ehrenbeleidigung angeklagt ist, wurde beschlossen, von dem Gericht eine Auskunft zu erbitten, ob der Strafantrag gegen Eisenstein von dem obengenannten Komitee gestellt wurde. In Sachen der Auslieferung von 15 Mitgliedern des Ukrainischen Klubs wegen Einbringung einer Interpellation, durch die sich das Offizierkorps in Tarnopol beleidigt fühlte, wurde nach dem Bericht des Abg. Brucki beschlossen, den Antrag abzulehnen. In Sachen des Abg. Kwapiński, dessen Auslieferung verlangt wurde wegen einer Rede, die er in Inowroclaw gehalten hat, und in der die Staatsanwaltschaft die Aufregung einer Bevölkerungsklasse gegen die andere erlitt, wurde nach einem Referat des Abg. Liebermann beschlossen, die Auslieferung abzulehnen. Im übrigen brachte der Ausschuß in Sachen des Vorgehens der Offizierschrengerichte gegen Abgeordnete und Senatoren seine Meinung zum Ausdruck. Nach dem Referat des Abg. Bygimunt Seyda wurde auf des letzteren Antrag ein Beschluß gefaßt, dahingehend, daß nach Art. 21 der Verfassung weder ein Abgeordneter noch ein Senator vor das Militärgericht zitiert werden könne ohne Genehmigung des Sejm oder des Senats.

Ein ukrainischer Kongreß in Lemberg.

Die „Gazeta Wnowska“ berichtet: Das ukrainische Nationalkomitee ist mit den Vorbereitungen zur Einberufung einer allukrainischen Tagung beschäftigt, die voraussichtlich in der zweiten Dezemberhälfte in Lemberg stattfinden wird. Die Aufgabe dieses Kongresses wird die Schaffung einer gemeinsamen Organisation aller in Polen wohnenden Ukrainer sein. Es handelt sich in der Hauptsache darum, die Ukrainer aus Wolhynien, dem Gelmgebiet, Podolien und Polesje in diese Organisation mit einzubeziehen.

(Amerikanisches Copyright 1923 by Carl Dunder, Berlin.)

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(47. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Hieronimo nahm ihn bei der Hand und flüsterte leise: „Hörst du, Silvestro! Auch die Polizei in Buenos ist auf Ihrer Spur. Man weiß, daß Sie Ihren verschollenen Bruder erschossen und dort vermauert haben.“

„Sind Sie bei Sinnen?“

„Wer, Don Silvestro?“

„Das bin ich.“

Jetzt riß Silvester die Geduld, und der alte Zorn wälzte auf. „Was sind das für tolle Gerüchte? Heraus mit der Sprache, Don Hieronimo!“

„Wissen Sie denn gar nichts?“

„Nein Wort von der Tollheit!“

„So lesen Sie hier — die Zeitung —“

Silvester nahm das Blatt, er zwang sich zum Lesen, aber die Buchstaben tanzten.

„Das ist nicht wahr! Beim Herrn des Himmels, das ist nicht wahr! Und ich treibe mich nach meiner Krankheit in den Wäldern des Chaco umher und knüpfe Geschäfte an. Mein Kind! Mein armes Kind!“

Hieronimo war erschüttert.

„Es ist nicht wahr?“

„Don Hieronimo, habe ich ein einziges Mal in meinem Leben gelogen?“

„Gewiß nicht, aber —“

„Wissen Sie von meinem Geschäft? Von meinem Kind?“

„Ich glaube, die Firma hatte eine schwere Krise. Vor zwei Wochen war Ihr Neffe Don Silvio hier mit dem Kriminalkommissar Schlüter.“

Bruhns lachte bitter.

Die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln im Winter.

Im Präsidium des Ministerrates fand dieser Tage eine Konferenz zwischen Regierungsvertretern und Vertretern der Landwirtschaft statt. Von seiten der Regierung nahmen Witos und Chlapowski teil, von seiten der landwirtschaftlichen Organisationen Razimierz Judakowski, Senator Stecki, Bygimunt Chryzowski und Bygimunt Kozłowski. Gegenstand der Beratungen war die Frage der Einrichtungen, die für die Versorgung der größeren Städte in der Versorgung mit Lebensmitteln während des kommenden Winters zu treffen seien.

Eine neue Spionageaffäre in Krakau.

Der „Dziennik Poin.“ meldet: Die Krakauer Polizei kam auf die Spuren einer Spionageaffäre, an der mehrere Personen aus der Künstlerwelt beteiligt sein sollen. Es soll sich um Spionage zu Gunsten eines der Nachbarstaaten handeln. Der Verdacht wurde dadurch erweckt, daß von einer gewissen Seite versucht wurde, in den Besitz von Geheimdokumenten des Krakauer Korpskommandos zu gelangen. Mehrere Personen wurden verhaftet. Weitere Verhaftungen werden erwartet.

Ein polnisch-französisches pädagogisches Institut?

In Warschau hält sich gegenwärtig der französische Publizist und ehemalige Deputierte Jounel auf, dessen Reise nach Polen den Zweck eines Einblicks in die hiesigen Kultur- und Schulverhältnisse hat. Herr Jounel hielt vor einigen Tagen mit Vertretern der polnischen Behörde Beratungen ab über Gründung eines pädagogischen Instituts, das zur noch engeren Vermischung der Beziehungen zwischen Polen und Frankreich und zwischen den beiden Völkern führen soll.

Die Belvederebörse.

Am 15. November fand der übliche Empfang beim Staatspräsidenten statt. Wieder versammelten sich im Belvedere zahlreiche Politiker, Diplomaten, Militärs, Parlamentarier sowie Vertreter der Industrie und der Finanzwelt. Anwesend war auch Herr Gide, Professor an der Sorbonne, mit dem sich der Präsident der Republik längere Zeit unterhielt. Professor Gide's Aufenthalt in Warschau steht im Zusammenhang mit der Organisation des Genossenschaftswesens.

Dürfen die Warenpreise nach Dollars berechnet werden?

Wie der „Kurjer Gzernomy“ meldet, begann am Freitag um 11 Uhr vorm. im Innenministerium eine Konferenz von Vertretern des Finanzministeriums, der Justiz und des Innenministeriums über die Frage der Berechnung der Festsetzung der Warenpreise in Dollars.

Das künftige Wohnungsgesetz Polens.

(Warschauer Sonderbericht des „Pol. Tagebl.“)

Das neue Wohnungsgesetz liegt nun in zweiter Lesung vor, und da es die einschneidendste Wirkung auf das gesamte wirtschaftliche Leben ausüben wird, so ist es nötig, auf seine Bestimmungen näher einzugehen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Wohnungsmieten, die immer noch gezahlt werden, in keinem Verhältnis zu den Preisen mehr stehen, die infolge der Entwertung der Mark für alle Artikel des täglichen Lebens ausgegeben werden müssen. In Warschau und anderwärts ist zwar die und da zwischen Hausbesitzern und Mietern ein freiwilliges Abkommen zur Erhöhung der Mietpreise getroffen worden. Aber auch diese Abkommen setzen Mietwerte fest, die oft jeder Beziehung zu den eingetretenen Lebensverhältnissen gänzlich fehlen. Selbstverständlich war es nötig, den Mietern Schutz beizubehalten, schon um die Reform in langsamem und geeigneten Bahnen vor sich gehen zu lassen. Dennoch wird sich der neu festgelegte Mietzins stark in den Budgets der kleineren Leute bemerkbar machen. Er wird, bei den minimalen und kaum zum Leben ausreichenden Löhnen eines Teiles der Beamten und kleineren Angestellten schwerwiegende Folgen haben als möglicherweise die Bewegung zur Erreichung von Löhnen, die der Teuerung entsprechen, beschleunigen. Ist doch allein in den letzten drei Wochen der Preis für Lebensmittel aller Arten in Warschau allein um das Dreifache gestiegen!

Wir lassen nun die Hauptbestimmungen des neuen Gesetzes folgen, zumal kaum zu erwarten ist, daß in dritter Lesung noch wesentliche Änderungen erfolgen:

Kündigung. Außer in den Fällen, in denen jetzt schon zivilrechtlich die Kündigung erfolgen kann, kann der Mieter gekündigt werden, wenn er hintereinander zwei Monatsmieten nicht bezahlt. Eine Ausnahme bildet die Nichtzahlung infolge von Arbeitslosigkeit. Kommt es aber zur Gerichtsverhandlung, und erklärt der säumige Mieter vor Gericht, daß er den Pins nun bezahlen werde, so wird die Kündigung hiermit aufgehoben. Denn bei der komplizierten Festsetzung des neuen Mietpreises kann es leicht zu Streitigkeiten kommen, die dann das Gericht zu schlichten hat. (Über den Mietpreis später.)

„Natürlich, weil er nur zu gern glaubt, daß ich der Mörder meines Vaters bin.“

„Nein, er kam im Auftrage Ihrer Tochter. Ich mußte vierzehn Millionen nach Deutschland senden!“

„Vierzehn Millionen? Und das haben Sie getan?“

„Ich glaubte, es sei meine Pflicht.“

Silvester war blaurot vor Zorn. „Ein treffliches Manöver.“

„Die Firma wäre zusammengebrochen.“

„Unfönn! Da war mein Freund Wislizenus.“

„Ich glaube, Sie irren — wie Ihr Neffe sagte, ist es gerade Wislizenus gewesen, der Ihre Firma fast zum Konkurs trieb, falls ich nicht eingegriffen wäre.“

„Das ist eine Lüge! Jetzt durchschaue ich das Spiel! Hinter allem steht mein Neffe! Er hat es verstanden, Johanna zu überrumpeln! Hat die Millionen unterschlagen —“

„Die habe ich nach Bremen geschickt.“

„Jedenfalls bin ich betrogen! Unmensächlich betrogen, und Sie, Don Hieronimo, haben sich überrumpeln lassen! Ich mache auch Sie verantwortlich!“

„Don Silvestro —“

„Ich werde sofort an Johanna und Wislizenus telegraphieren. Ich muß Klarheit haben.“

Die Türe wurde geöffnet und vier Herren traten ein.

„Don Silvester Bruhns aus Bremen?“

„Ich bin Kommissar der Polizei.“

„Nun?“

„Ich habe den Auftrag, Sie zu verhaften.“

„Wohin? Warum?“

„Auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Bremen, — wegen Ermordung Ihres Bruders.“

„Das ist Wahnsinn.“

„Ich habe nur meine Pflicht zu erfüllen. Ich bitte Sie, folgen Sie, ohne daß ich zu Zwangsmitteln greifen muß.“

Silvester sah ein, daß er sich fügen mußte, aber er steckte die Reitungsberichte zu sich. Wie ein aefanaener Löwe durch-

schritten kann werden, einem Hausverwalter, der seine Stellung freiwillig aufgibt (er muß dann auch die von ihm innegehabte Wohnung freimachen), und Mietern, die durch unmoralisches Verhalten bei den Mietseu wohnern Argernis erregen. Staatliche und städtische Verträge, die eine Dienstwohnung innehaben, müssen diese verlassen, wenn ihr Arbeitsverhältnis gelöst wird. Wer aber in einer dem Staat gehörenden Wohnung wohnt, ohne daß er im Dienstverhältnis zum Staat steht, kann nur dann aus seiner Wohnung herausgeführt werden, wenn ihm eine andere Wohnung zur Verfügung gestellt wird. Falls der Hausbesitzer die vermieteten Lokalitäten für sich beansprucht, muß er dem Mieter, dem er kündigen darf, eine entsprechende Wohnung zur Verfügung stellen. (In den meisten Fällen wird hiermit das Kündigungsrecht illusorisch, da es wohl unmöglich sein wird, diese „entsprechende“ Wohnung ausfindig zu machen.) Die Umzugskosten, sowie die Kosten für Aufbesserung der neuen Wohnung trägt in einem solchen Falle der Hauseigentümer. Es gilt hierbei dreimonatliche Kündigung. Wenn aber das nur von Mieter bewohnte Lokal früher als Dienstlokal für den Hauseigentümer oder als Handels- oder Gewerbelokal gedient hat, so kann die Kündigung erfolgen, ohne daß die Verpflichtung besteht, eine neue Wohnung ausfindig zu machen. — Für den Mieter (Sublokator) gelten dem Wohnungsinhaber gegenüber die gleichen Rechte und Pflichten, wie im Verhältnis vom Mieter zum Hauseigentümer. Der Mietpreis für den Mieter darf nicht mehr als 60 Prozent mehr betragen als der Teil ausmacht, den der Wohnungsinhaber für die an den Mieter abgegebenen Räume bezahlt. Für jeden, der hier die Verhältnisse einigermaßen kennt, werden diese Bestimmungen einigermaßen humoristisch vorzukommen. Jeder, der heute ein Zimmer mieten will, kann froh sein, wenn er es in Warschau zu einem Preise von 10 Dollars im Monat bekommt, und noch müßiger mühen die nun festgesetzten Preise für Wohnungsmieten an, d. h. nur bei solchen Unglücklichen, die nicht im Besitze einer Wohnung sind, und die sie nicht für viele Hunderte von Millionen oder mehrere Milliarden erkaufen muß. Für eine vierzimmerwohnung werden — falls sie möbliert ist — heute in Warschau monatlich 100 Dollar gefordert, für unmöblierte kaum viel weniger. Aber die nachstehenden Preisfestsetzungen gelten nur für die bereits im Besitze von Wohnungen befindlichen Glücklichen. So lange die Wohnungsnot vorherrscht, und vorläufig besteht nicht die mindeste Aussicht, daß sie sich in absehbarer Zeit mildere, wird es kaum etwas nützen, sich auf die vom Gesetz normierten Preise zu berufen. Es wird tausend Wege geben, sie zu umgehen.

Das Gesetz bezweckt, allmählich die Miete auf den vor dem Kriege gültigen Satz zu bringen, natürlich bei Umrechnung der Mark auf ihren damaligen Wert im Verhältnis zum heutigen. Wichtig ist hierfür die Festsetzung des Wertes der Polenmark. Es werden sich die Wertätze naturgemäß mit der sinkenden Kaufkraft der Polenmark ändern. Das Gesetz hat zunächst einige beständige Normen eingeführt. Also für den Monat Januar gilt die einjährige deutsche Friedensmark gleich 216 000, der Rubel gleich 408 000 Polenmark und die einjährige österreichische Krone 180 000. Würde man die Friedensmiete zur Grundlage des Preises nehmen, so müßte eigentlich diese Friedensziffer mit den Werten für Friedensmark, Rubel oder Krone multipliziert werden. So einfach ist der Vorgang jedoch nicht, da man ja allmählich die Friedenspreise wieder einführen will.

Für den Monat Januar 1924 werden zu zahlen sein: für Einzimmerwohnungen (evtl. mit Küche) 5 Prozent des Friedenspreises, für Zwei- bis Sechszimmerwohnungen 10 Prozent des Friedenspreises, und zwar gilt als Grundlage der Mietpreis der am 1. Juli 1914 in Mark, Kronen oder Rubel gezahlt wurde. Alle Vierteljahre wird dieser Prozentsatz um je 2 Prozent erhöht, und zwar bis zum Ende des Jahres 1926. Für Handels- und Geschäftslöale beträgt der Prozentsatz im Vergleich zur Friedensmiete 20 Prozent, und die vierteljährliche Erhöhung 3 Prozent.

Nun wird aber der Justizminister am 15. eines jeden Monats den Teuerungsmultiplikator bekanntgeben, und dieser Multiplikator wird noch zum Mietpreis hinzugeschlagen, und zwar nach folgendem Schema: Für Januar einsteilen die für die Gehälter der Staatsbeamten gültigen Teuerungsziffern; für den Februar die Miete des Januar plus Teuerungszulage der Monate November und Dezember; für März Zuschlag des Januar zu der vorigen Miete, für April Zuschlag des Februar und dann immer der Zuschlag von vor zwei Monaten. Wie man sieht, wird es eine sehr verwinkelte Rechnung werden, und an Streitigkeiten wird es nicht fehlen. Deshalb ist auch vorgesehen, daß man nicht ohne weiteres kündigen darf, wenn jemand aus Widerspruch zwei Monate mit seiner Zahlung im Rückstand bleibt, sondern, daß er vor Gericht sich bereit erklären darf, die vom Schiedsamt festgesetzte Summe zu zahlen. Diese Mietseinsparungen sollen zu gleichen Teilen aus Mietern und Hauseigentümern zusammengelegt werden, und sie gelten als Berufungsinstitut.

In der Ausführungsschikung am Montag, in der das Gesetz in dritter Lesung beraten werden sollte, hat sich ein eigenartiger Zwischenfall ereignet, der das Zustandekommen des Gesetzes möglicherweise verzögert. Die Rechte verlangte nämlich, daß der Sozialist Marek, der bei den Unruhen in Krakau je-

schrift er den kleinen Raum seiner Zelle. Er faßte sich an die Stirn und konnte nicht fassen, wie das alles geschehen! Er hat, auf seine Kosten sofort nach Deutschland gebracht zu werden. Nur heim! Nur Klarheit!

Zwei Tage mußte er warten und grollend verharren, dann kam Don Hieronimo. Er sah ihn wehmütig an und sagte: „Ich bringe Ihnen wenig. Aber doch einen Brief Ihrer Tochter. Allerdings ist er an mich gerichtet.“

Silvester las.

„Ich danke Ihnen von ganzem Herzen. Sie haben die Firma vor dem Zusammenbruch gerettet und mich befreit, das schändliche Spiel, das die Kaufleute Wislizenus und Störtebeker gegen mich Wehlofen anzettelten, zu enttarnen. Leider hat sich die Nachricht, daß mein lieber Vater in Buenos Aires gefunden sei, nicht bewahrheitet. Allerdings bin ich, daraufhin wieder aus dem Gefängnis entlassen, in das man mich wegen Beihilfe an dem vermeintlichen Morde an meinem Oheim gesperrt hat. Ich hätte so gern alles erduldet, wenn er gelebt hätte. Möchte der Himmel Silvio und Dr. Schlüter helfen, zum wenigsten die wahren Mörder zu finden und meines toten Vaters Ehre zu reinigen. Sie aber bitte ich, stehen Sie mir auch ferner zur Seite, die Firma Bruhns zu erhalten.“

Silvester ließ den Brief sinken.

„Mein Kind, mein armes, tapferes, liebes Kind.“

Hieronimo nickte.

„Ich glaube, Sie haben in Ihrem Groll manchem Unrecht getan, am meisten aber Ihrem Neffen, der, nebenbei sei es bemerkt, ein überaus kluger Mann ist. Ich glaube, einem weniger warmherzigen und gewandten Vermittler wäre es nicht gelungen, mich zur Hergabe des Geldes zu bringen, und wenn ich es nicht getan hätte, wäre die Firma heute auf der Liste der Konkurs.“

Silvester Bruhns antwortete nicht. Ein Beamter trat ein.

(Schluß folgt.)

stark hervorgetreten ist, den Vorstoß niederlege, den er auf Grund des Verteilungsplanes inne hat. Marek weigerte sich, da er nicht als Person, sondern als Vertreter seiner Partei den Vorstoß führe. Die Rechte stellte hierauf den Antrag, die Sitzung zu vertagen, was auch mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen wurde, wobei die Parteien mit der Mehrheit stimmten. Die Rechte war nicht zu bewegen, anzugeben, auf wie lange diese Vertagung berechnet ist. Es ist jedoch anzunehmen, daß eine Vergleichsmöglichkeit gefunden wird, da man von allen Seiten darauf drängt, daß das neue Wahlgesetz am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft trete.

Polen und Litauen.

Ein polnisch-litauischer Zusammenstoß in Genf.

In der internationalen Konferenz in Genf kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vertreter Polens und dem Vertreter Litauens.

Am 31. Oktober gab der litauische Delegierte Bodniewicz eine Erklärung ab, daß solange der territoriale Konflikt zwischen Litauen und Polen nicht entschieden wird, die Annäherung normaler Beziehungen zwischen diesen beiden

Ländern nicht möglich sei. Die litauische Regierung, die der Konvention beitrete, habe sich nicht für verpflichtet, die in der Konvention enthaltenen Bestimmungen gegenüber Polen innerhalten.

In der Antwort wies der polnische Delegierte, Dr. Basiński, darauf hin, daß in den polnisch-litauischen Beziehungen von einem territorialen Konflikt nicht die Rede sein könne, da dieser endgültig durch die Entscheidung des Völkerrechts vom 5. 3. 23 entschieden worden sei. Der polnische Delegierte lenkte die Aufmerksamkeit der Konferenz ferner auf den guten Willen der polnischen Regierung, die trotz der ihr von Litauen Seite berechneten Schwierigkeiten mit Litauen gute nachbarliche Beziehungen anzuknüpfen wüßte. Im Anschluß hieran kündigte er die Zurücknahme seiner Deklaration an, sofern der litauische Delegierte dasselbe tun würde. Doch trotz des Vorschlages in demselben Sinne, den der Vorsitzende der Konferenz, Wypion, machte, nahm der litauische Delegierte seine Deklaration nicht zurück.

Die nationalen Minderheiten Polens und Litauens.

Nach einer Meldung der Pomeranier Presse begibt sich demnächst eine Abordnung von Vertretern der Volksminderheiten in Polen und Litauen nach Amerika, um die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten über den schweren Völkermord der Minderheiten in Polen und Litauen aufzuklären.

Zwei Anträge auf ein Mißtrauensvotum für Stresemann.

Für die Deutschnationalen in Norddeutschland ist das Mißgelingen des Hittlerischen „Staatsreiches“ ein Ansporn geworden, um jetzt offiziell ihre Machtansprüche anzumelden. Der deutschnationale Parteiführer Graf Westarp hat dies in einer Rede getan, in der er ankündigte, daß die Deutschnationalen nur positiv in die Politik eingreifen wollen, was eine vollkommene Ausschaltung der Sozialdemokraten bedeuten würde. Die Position, auf die es den Deutschnationalen vor allem ankommt, ist Preußen, wo der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun und der Innenminister Seevering bisher Polizei und Verwaltung den Einflüssen der Rechten, so viel sie konnten, gesperrt haben.

Graf Westarp konnte der Versammlung über die Münchener Ereignisse auf Grund eigener Anschauung berichten. Er trat voll und ganz für Rahr ein, versicherte Rahr, daß sein Lebensbleibendes Dantes und fand auch für Hittler eine Entschuldigung. Er stellte das gemeinsame Ziel der Deutschnationalen Norddeutschlands mit Herrn v. Rahr auf, in Berlin die Regierung Stresemann zu beseitigen und dafür eine nationale Regierung einzuführen, die dann den Reichstag nach Hause schicken werde. Von Neuwahlen verspricht sich Westarp eine Verdoppelung der deutschnationalen Mandate, die freilich noch immer nicht zu einer parlamentarischen Mehrheit ausreichen würden.

Graf Westarp verbarg nicht die Schwierigkeiten, die es noch kosten werde, um die Sozialdemokratie aus den Machtstellungen, die sie in Preußen und anderen Ländern — von Sachsen sprach er gar nicht — noch besitzt. Er verschwieg auch den Weg, auf dem die Reichsregierung kommen soll. Daß sie ohne Gewalt eine Unmöglichkeit wäre, darüber scheint er selber keinen Zweifel zu haben.

Am interessantesten erscheint die Außenpolitik, die der deutschnationale Parteiführer ankündigte. Noch vor kurzer Zeit hat Westarp in Zeitungsartikeln die Meinung ausgesprochen, daß die Franzosen es sich noch sehr überlegen würden, bevor sie einen Vormarsch zur weiteren Befreiung deutschen Gebietes antreten würden. Heute spricht er anders. Er kennt die Folgen, die ein Abbruch aller Verhandlungen mit Frankreich haben würden. Er zählt sie auf: die Befreiung der Mainlinie, der Ostküste bis Berlin oder gegen die Hansestädte. Er erklärt aber, dieses Risiko auf sich nehmen zu wollen und betriehe sich dabei darauf, daß von 1806 bis 1813 ganz Preußen von den Franzosen besetzt war und es sich doch zum Befreiungskampf aufrufen konnte.

Die Möglichkeit einer Reichsregierung wird in politischen Kreisen freilich nicht so einfach beurteilt, wie vom Grafen Westarp. Man erwartet Gegenmaßnahmen der Arbeiterschaft, Generalfreie usw. Ebenfalls weiß man einen Ausweg für Stresemann aus der gegenwärtigen Situation. Sowohl von den Deutschnationalen wie von sozialdemokratischer Seite wird die Einbringung eines Mißtrauensvotums gegen die Politik Stresemanns beabsichtigt, wobei die Sozialdemokraten dem Reichs-

kanzler bereits eine Anzahl von Forderungen überreicht haben, darunter das scharfe Eingreifen der Reichsgewalt in Bayern.

Stresemann wird diesen Forderungen keinesfalls nachgeben können. Er wird, wie der Korrespondent der „Danziger Freien Presse“ erfährt, vielleicht schon vor dem Zusammentreten des Reichstages am Dienstag demissionieren und die Aufgabe der Auflösung des Reichstages seinem Nachfolger überlassen, falls dieser, wie es wahrscheinlich ist, auch keine parlamentarische Mehrheit findet.

Die parlamentarischen Möglichkeiten eines bürgerlichen Politikers, der als Nachfolger Stresemanns zur Regierungsbildung käme, sind stark begrenzt. Er müßte entweder eine Annäherung bei den Sozialdemokraten versuchen und hätte damit das Risiko nicht nur einer parlamentarischen Gegnerschaft aller Rechtsparteien, sondern auch eine derartig starke nach rechts strebende außerparlamentarische Bewegung im deutschen Volke, daß er ihr mit den heutigen Machtmitteln kaum gewachsen wäre. Andernfalls müßte er eine bürgerliche Regierung von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten zustande bringen. Hiergegen herrscht aber starke Abneigung nicht nur bei den Demokraten, sondern auch beim linken Zentrumslügel.

Der „Berliner Volksanzeiger“ schreibt in seiner ersten Nummer nach dem Buchdruckerstreik, in parlamentarischen Kreisen nehme man in allen Parteien als gewiß an, daß auf Grund des Ergebnisses der bevorstehenden Reichstagswahl eine Regierungswahl erfolgen müsse. Mit der Möglichkeit, daß der Reichskanzler ein Mißtrauensvotum des Parlaments mit der Auflösung des Reichstages beantworten würde, rechnet man nicht mehr. Man ist vielmehr der Meinung, daß der Reichspräsident die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages nicht noch einmal geben wird. Sollte dies so sein, dann sieht man mit Wahrscheinlichkeit eine Regierung kommen, die im wesentlichen durch die diktatorischen Vollmachten des jetzigen Oberbefehlshabers, des Generals v. Seeckt, ihr Gepräge erhält und bei einer allgemein rechts gerichteten Tendenz in der Hauptsache aus Persönlichkeiten zusammengesetzt werden dürfte, die nicht dem Parlament angehören.

Wieder Entspannung der Lage?

Die Gerüchte über eine Zuspitzung der Regierungskrisis werden nach den letzten Meldungen von einer Seite, die allerdings daran interessiert ist, die Sache günstiger darzustellen, als sie vielleicht ist, für unbegründet erklärt. Es sei im Gegenteil eine Entspannung der Lage eingetreten. Während es zeitweise schien, als ob die demokratische Partei den Beschluß fassen wollte, ihre Mitglieder zum Austritt aus dem Kabinett Stresemann zu veranlassen, soll die Haltung dieser Partei sich neuerdings wieder geändert haben, nachdem bekannt geworden ist, daß die Unterstützungen der Erwerbslosen im Ruhrgebiet weiter ausbezahlt werden sollen. Es handelt sich um etwa 2 Millionen Erwerbslose, wozu dann noch etwa 800 000 Kurzarbeiter kommen. Man glaubt, daß die vorgesehenen 100 Millionen Goldmark länger als zehn Tage für diese Unterstützungen ausreichen werden. Darüber, ob die Unterstützungen auch später noch fortgesetzt werden sollen, ist noch kein Beschluß gefaßt worden.

Englands Geduld auf harter Probe.

Eine ernste Warnung.

Im Unterhaus gab Ministerpräsident Baldwin Aufsehen erregende Erklärungen ab. Er führte u. a. aus: Die englische Regierung hätte gewünscht, eine schnelle Lösung des europäischen Problems herbeizuführen, aber sie habe sich dabei erinnern müssen, daß man den Tag eines endgültigen Friedens in Europa nicht herbeiführen könne, wenn man gleichzeitig eine neue Feindschaft in Europa hervorruft. Es sei die Pflicht der Regierung, die Lösung gemeinschaftlich mit allen Alliierten herbeizuführen. Im gegenwärtigen Augenblick könne die Regierung nicht sagen, daß ihr Versuch von Erfolg gekrönt sei. Aber es habe sich wieder, wie schon so oft vorher, erwiesen, daß alle ihre Bemühungen durch die Aktion zweier ihrer Verbündeten zum Scheitern gebracht worden seien. Er habe keine Miße gesehen, die Verbündeten wissen zu lassen, daß der heute noch im englischen Volke vorherrschende, nach einer Zusammenarbeit mit den Verbündeten drängende Geist sich nicht mehr lange werde aufrecht erhalten lassen, wenn die gegenwärtige Situation noch länger andauern sollte. Die erste Pflicht der nach den Wahlen eintretenden neuen Regierung werde die sein, die europäische Lage in bezug auf die Reparationsfrage erneut zu prüfen und sich über die notwendigen Schritte zu entscheiden; ganz gleich, ob dies allen Verbündeten gefalle oder nicht.

Frankreichs Schuld an der Arbeitslosigkeit Englands

Dann ging Baldwin zur Frage der Arbeitslosigkeit in England über, für die er gleichfalls nicht zuletzt den französischen Einmarsch in das Ruhrgebiet verantwortlich machte. Jedermann müsse davon überzeugt sein, daß sich die Wiederherstellung Europas dank der Ruhrbesetzung und der vor ihr ausgehenden Wirkungen auf das Wirtschaftsleben Deutschlands für Jahre hinaus verzögern werde, und daß man sich also einer Lage gegenüber sehe, die weit schlechter sei, als die vor einem Jahre. Wenn alle Märkte, auf denen England seine Produkte absetzen gewohnt sei, sich in normalen Zuständen befänden, so brauchte England heute nicht unter einer Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Verringerung dieser Märkte sei der Hauptgrund für die heutigen Zustände in England. England befinde sich tatsächlich in dem Zustand eines Druckes, wie es ihn in seiner ganzen Geschichte bisher noch nie erlebt habe.

Die Einführung der Schutzölle.

Die englische Regierung wünsche nichts anderes, als von der vor einem Jahre eingegangenen anders lautenden Verpflichtung

Was sagt die Opposition dazu?

Ramsey MacDonald.

Auf die Ausführungen Baldwins antwortete der Arbeiterführer MacDonald. Er sprach von einer Quacksalberbill, erklärte, daß die Außenpolitik der englischen Regierung völlig unfähig gewesen sei, das Angebot der Vereinigten Staaten zur Mithilfe bei der Lösung der Reparationsfrage zu benutzen, und daß das Kabinett Baldwin in mehr als schwächlicher Weise den französischen Vorschlag sich zu eigen gemacht habe, der überhaupt keine Konferenz wolle. Der vernünftige und durchaus gesunde Plan Americas sei von Baldwin in die Ecke geworfen. Die englische Regierung sei es gewesen, die ruhig zugehört hätte, daß die englischen Abnahmämter in Europa zerstört werden könnten. Der Faktor der Kriegsschulden Frankreichs an England, der ein wertvolles Attribut der englischen Politik sein könnte, sei nicht zur Anwendung gebracht; so konnte es kommen, daß Frankreich in das Ruhrgebiet einrückte und die wirtschaftliche Stellung Englands in Europa zerstört hat. Alles Unglück des Kontinents komme daher, daß die englische Regierung eine so ungeschickte Politik betreibt. Die Arbeiterpartei empfinde dankbar die treffenden Ausführungen des Vertreters Südafrikas, des Generals Smuts, mit denen er die Aktion im Ruhrgebiet verdammt habe. Ein von der Arbeiterpartei eingesandtes Mißtrauensvotum wurde vom Unterhaus mit 285 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Lloyd George.

In der Debatte ergiff John Lloyd George das Wort. Die Rede Baldwins machte den Beschluß der Auflösung des Parlaments noch unbegreiflicher. Es würde ein Wahlkampf veranstaltet werden, während Verhandlungen betreffend die Wiederherstellung Europas geführt werden. Lloyd George wies darauf hin, daß, wenn der Premierminister sich eine Woche lang dem Wahlkampf widmete, so würde er seine Aufmerksamkeit nicht der auswärtigen Politik widmen können. Man sehe in England in diesem Winter vor einer großen Arbeitslosigkeit. Wenn die Wähler dem Premierminister die geforderte Ermächtigung geben, werde das Schutzollgesetz nicht vor dem Frühjahr eingebracht werden können. Die Länder, die bei Einführung des Schutzollgesetzes am ersten betroffen würden, würden noch vorher die englischen Märkte mit Waren überschwemmen. Der Plan der Regierung sei unüberlegt und eine Gefahr für das Land.

Amerikanische 150-Millionen-Dollar-Anleihe für Deutschland.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ erfährt aus nicht-offizieller, aber bester Quelle, daß die Regierung des Präsidenten Coolidge an Deutschland eine Anleihe in Höhe von 150 Millionen Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln, hauptsächlich Schweißfleisch und Weizen, in den Vereinigten Staaten erwäge. Die Verteilung der gelieferten Nahrungsmittel werde der deutschen Regierung überlassen werden. Die Zustimmung des Kongresses zu dem Plan gilt als sicher.

Französische Hege gegen Stresemann.

Seit einigen Tagen werden in Paris über Stresemann sehr ungünstige Urteile laut. Die Ursachen liegen hauptsächlich in zwei Punkten:

1. die Wiederkehr des früheren deutschen Kronprinzen nach Deutschland;
2. der Widerstand der deutschen Regierung gegen die interalliierte Militärkontrolle.

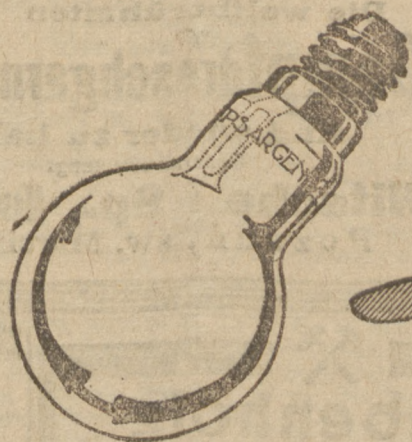
Man schließt hieraus bedeutsame Zusammenhänge. Poincaré sagte, daß Deutschland allein die Konsequenzen aus diesen Tatsachen zu ziehen haben werde. Ferner sollen von den Franzosen gegen Deutschland geeignete Maßnahmen ergriffen werden, sobald sich der frühere Kronprinz der Hauptstadt nähert. (?)

Vorgehen gegen die Schlemmerlokale.

Eine Bekanntmachung des Inhabers der vollziehenden Gewalt, Generals der Infanterie von Seeckt, über die Arbeitslosigkeit und Verelendung weiter Volkskreise, haben die Militärbefehlshaber die Hilfsmittel der Truppen großzügig dafür einzusetzen und zu versuchen, immer weitere Volkskreise zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Militärbefehlshaber werden aufgefordert, ihre Machbefugnisse erforderlichenfalls rücksichtslos einzusetzen. Als besonders dringlich bezeichnet werden neben der Lebensmittelförderung die Beschaffung von Heizmaterial bzw. die Errichtung und Bereitstellung von Heizbaren Räumlichkeiten zum Einnehmen der Speisen, zum Aufenthalt während des Tages und zum Übernachten. Dabei sei von dem Grundsatz auszugehen, daß alle reinen Luxus- und Schlemmeretablissements in erster Linie geeignet sind, ihre Räumlichkeiten und Räumlichkeiten der Fürsorge für die notleidende Bevölkerung in Gestalt von Volksküchen, Volksspeiseanstalten, Warmbädern, Übernachtungsräumen zur Verfügung zu stellen. Sollten die Inhaber bereits erklären, nicht zu einer dementsprechenden Umstellung bereit zu sein, so wären die benötigten Räume und Nacheinrichtungen zu beschlagnehmen und den entsprechenden amtlichen oder privaten Fürsorgestellen zur Ausnutzung zu überweisen. Die Durchführung dieser Maßnahmen soll nach Möglichkeit beschleunigt, und über das Veranlassende soll dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in den Wochenberichten der Militärbefehlshaber berichtet werden.

Ende des Druckerstreiks.

Der Berliner Buchdruckerstreik ist am Donnerstag offiziell beendet worden. Die Streikparole wurde so wie so nicht mehr befolgt. „Lokal-Anzeiger“, „Tag“, „Börsen-Kurier“ und „Vossische Zeitung“ sind wieder erschienen.



Schont das Augenlicht,
erspart am Stromverbrauch.

PHILIPS ARGENTA

Dem geehrten Publikum teile ich höflichst mit, daß ich mit dem 1. November d. Js. das

Restaurant auf dem Hauptbahnhofe Poznań

übernommen habe.

Ich werde unermüdlich bestrebt sein, das verehrte Publikum in jeder Weise zufrieden zu stellen und ihm den Aufenthalt in meinen Lokalen angenehm zu machen.

Empfehle besonders meine erstklassige Warschauer Küche zu jeder Tageszeit, meine Konditorei, sowie warme und kalte Getränke.

Antoni Cieślak

zuletzt Pächter des Bahnhof-Restaurants in Kalisz.

Poznań (Hauptbahnhof), im November 1923.

Statt Karten!

Die Verlobung meiner Tochter **Eva-Maria** mit Herrn Dr. phil. **Herbert Koenig**, Oberleutnant a. D., beehre ich mich anzuzeigen.

Frau Pfarrer Martha Geißler,
geb. Loejusz.

Hannover, im November 1923.

Meine Verlobung mit Fräulein **Eva-Maria Geißler**, Tochter des verstorb. Pfarrers **Johannes Geißler** und seiner Gemahlin, Frau **Martha Geißler**, geb. Loejusz, beehre ich mich bekanntzugeben.

Dr. Koenig.

Pofener Bachverein.

Mittwoch, den 21. 11. 23,
abends 6 1/2 Uhr.

(Bach- und Beethoven):

Konzert

in der Kreuzkirche.
Eintrittskarten für 75 000,
80 000, 10 000 M. in der Ex.
Vereinsbuchhandlung.

Gefelle gründl. polnisch.
Unterricht nach der Lehr-
methode von Gregorjewski.
Auch deutschen Unterricht. Off.
u. Nr. 4063 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Spielplan des Großen Theaters.

Sonntag, den 17. 11.: „**Wida**“, Oper von G. Verdi.
den 18. 11. nachm.: „**Faust**“, Oper von
Gounod. (Ermäßigte Preise.)
Sonntag, den 18. 11. abends: „**Gloden von Cor-**
neville“, Komische Oper von Blaquiere.
den 19. 11.: „**Carmen**“, Oper von Bizet.
Montag, den 20. 11.: „**Cavalleria Rusticana**“, Oper
von Mascagni und „**Bajazzo**“, Oper von
Leoncavallo.
Dienstag, den 21. 11.: „**Fra Diavolo**“, Komische Oper
von Auber (Premiere). Abonnement ungültig.
Mittwoch, den 22. 10.: „**Die toten Augen**“, Oper
von d'Albert.
Donnerstag, den 23. 11.: „**Fra Diavolo**“, Komische Oper
von Auber.
Freitag, den 24. 11.: II. Abend der „**Tanzfunk**“
(Premiere).
Sonntag, den 25. 11. nachm.: „**Galka**“, Oper von
Montuszo. (Ermäßigte Preise.)
Sonntag, den 26. 11. abds.: „**Cavalleria Rusticana**“,
Oper von Mascagni und „**Bajazzo**“, Oper
von Leoncavallo.

Drei Musketiere

Teatr Pałacowy

Halbwilder Lord

Sonntag, den 18. d. Mts., die letzte Vorstellung

des hervorragend schönen Romans von Alexander Dumas
„**Die drei Musketiere**“.

Beginn der Vorstellung um 3 1/2, 6 und 8 1/2 Uhr.

Von Montag, dem 19. d. Mts., ab
die stolze amerikanische Komödie

„Der halbwilde Lord“.

In der Hauptrolle der berühmte amerikanische Komiker
Louis Bannison und sein wunderhübscher Partner, der
sechsjährige **Joe Coogan**.

Anfang um 4 1/2, 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr.

Für die anlässlich unserer **Vermählung**
ermiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir
hiermit unseren **herzlichen Dank**.

Otto Pfeiffer und Frau Luise
geb. Stenzel.

Smilowo, im November 1923.

Am Donnerstag, dem 15. November, entschlief
unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater,
Schwager und Onkel,

der Kaufmann
Emil Hunger

im 65. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

Selma Hunger, geb. Kretschmer
und Kinder.

Poznań, ul. Kraszewskiego, 17. November 1923.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 20. No-
vember nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle
des Lufstriedhofes aus statt.

Zahn-Atelier

W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)
plac Wolności 5. 12076b

Weingroßhandlung
Leopold Goldenring
Gegr. 1845 Gegr. 1845

Poznań, Stary Rynek 45.
Filialen in Breslau u. Mlad bei Tokaj.

**Fisch- und
Qualitäts-Weine
Spirituosen
und Liköre
Obstweine.**



LANZ

Die weltberühmten
Dampfdreschgarnturen
sind wieder zu haben
Generaiverretung:
Nitsche i Sp., Maschinenfabrik
Poznań, św. Marcin 33.

Grubenholz

in jeder Menge laufend zu kaufen gesucht.
Offerten erbitet

Górnoślaskie Przedsiębiorstwo Węglowe, Poznań
Dział Węglowy, Poznań, Wały Zygmunt Augusta 3
Tel. 1296 u. 3871. Telegr.-Adr.: „Węglesłaskie“.

Großer eiserner

Dauer- Brandofen

für Kotsfeuerung (Junker
und Ruh), vermischt, fast neu,
zu verkaufen.

Richard Donner, Jarocin.

W. STEPKA, Dentist

Wielkie Garbary (fr. Gr. Gerberstr.) 18
Sprechstunden 9 1/2—12 1/2 und 3—5 1/2 Uhr.

Neue Sendungen in prima Braunkohlenbriketts

sind aus Deutschland eingetroffen. — Wir liefern
diese frei Waggon Grenze als auch ab unserem
hiesigen Lagerplatz zu günstigsten Preisen.
Górnoślaskie Przedsiębiorstwo Węglowe, Poznań
Poznań, Wały Zygmunt Augusta 3.
Tel. 1296 u. 3871. Telegr.-Adr.: Węglesłaskie.

Reisevertreter

für ehemals preussische Teilgebiete sucht Kohlen-
handlung. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätig-
keit sind zu richten an „**PAR**“, Poznań, ulica
Fr. Ratajczaka 8 unter Nr. 46.294.

Suche Hauslehrerin

(Beecktraft) für 2 Mädchen zum 1. Januar 1924. (4047)
Frau Gutshesitzer **M. Wiesner**, Sufaty, p. Smigiel, pow. Wilkow.

Gefucht bei gutem Gehalt eine

Stenotypistin

mit firmen deutschen und polnischen Sprachkennt-
nissen, da auch Uebersetzungen zu erledigen sind.
Es kommt nur eine gute Kraft in Frage.
Verband landw. Genossenschaften i. Großpolen

Poznań 3, ul. Zwierzyniecka 13 II.

Wirtin,

die die keine Küche perfekt
versteht, f. vornehmen, frauen-
losen Haushalt in Wygocze
bei hohem Gehalt gesucht.
Mädchen vorhanden. Off. u.
Nr. 4008 a. d. Geschäftsst.
d. Bl. erbeten.

Stellengefuche.

Verkäuferin,

deutsch u. polnisch sprechend,
sucht per sofort Stellungs-
Brande gleich. Ang. u. 9982
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann.
Druck u. Verlag der Posenr Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A.
Sämmtlich in Posen.

Reparaturen

an
Elektromotoren
Dynamomaschinen

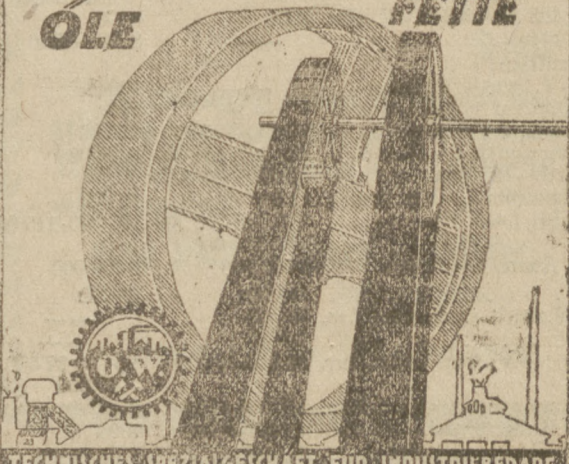
führen aus
K. Gaertig i Sp., T. z. Poznań,
Oddział Pracowni Elektromechanicznych,
Tel. 3584. ul. Półwiejska 35. Tel. 3584.

Falzhufeisen,
Pflugschare, Streichbleche
Huf- u. Drahtnägel
Kultivatorzinken
liefert zu günstigen Preisen

„MECENTRA“

Maschinen-Zentrale, T. z. o. p.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.

Treibriemen
OLE **FETTE**



TECHNISCHES SPEZIALGESCHÄFT FÜR INDUSTRIEBEDARF

Otto Wiese
BYDGOSZCZ

Telefon 459 — Dworcowa 62

Achtung! Achtung!

Wichtig für Kaufleute

Die Firma „Sila Przemysłowa“ hat die
Vertretung der größten Woll- u. Baumwoll-
webereien, Trikotagenfabrik u. Manufakturen,
die Wolle liefern zu Strümpfen (vierfädig ge-
spinnen) sowie zu Sweater und Teppichen,
Extra Madura u. aller Art Manufakturen.

Billigste Preise!!

Für Wiederverkäufer Extra-Rabatt.

„Sila Przemysłowa“ hat für die
Herbst- u. Wintersaison

eine große Auswahl aller Art Wollen, Triko-
tagen, Sweater, sowie Stoffen zu Herren-,
Damen- u. Kinderpaletots.

„Sila Przemysłowa“ tauscht vorerwähnte
Waren gegen Schafwolle aus.

Hauptfabriklager von Wolle, Baumwolle u. Manufakturen

„Sila Przemysłowa“,
Bydgoszcz, Stary Rynek 16/17, II. Stock,
Telefon 1189.

Bemerkung: Vom Bahnhof Verbindung mit der
Strassenbahn mit der Aufschrift „OKOLE“.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

m

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Dezember 1923

Name

Wohnort

Postanstalt

Straße

Związkowa Centrala Maszyn Tow. Akc.

POZNAŃ-Wjazdowa 9.

Empfehlen zur sofortigen Lieferung:

Kartoffeldämpfer Ventzki aller Grössen,
Kartoffelsortierer — Kartoffelwäscher,
Rübenschnneider mit Doppelkamm,
Häckselmaschinen für Dampf-, Göpel- und Handbetrieb,
Stiftendreschmaschinen — Breiddrescher,
Getreidereinigungsmaschinen „Ideal“,
Windfegen „Triumph“,
Getreidetrieure — Schneckenetrieure,
Tiefkultur- und Zweischarppflüge Orig. Ventzki,
Kleereiber, Kreissägen.

Grösstes Ersatzteillager Westpolens.

Walzen-Schrotmühlen Original „Saxonia“,
Viehfutter-Dämpfer Original „Ventzki“,
Kartoffel- Sortiermaschinen,
Waschmaschinen,
Pflanzlochmaschinen
preiswert ab Lager lieferbar
„MECENTRA“, Maschinen-Zentrale,
T. z. o. p.,
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.

Gdański
Handel Zamorski S. A.

Aktiengesellschaft

Danzig, Kassabischer Markt 17-20.

Tel.: Danzig 6-91.

Wir kaufen nur Waggonladungen:

Braumalz
Roggen min. 120 pfündig
Braugerste
Acker-, Pferde- u. Taubenbohnen
Weisse u. bunte Bohnen
Linsen
Viktoriaerbsen
Grüne Erbsen
Kleine gelbe Felderbsen
(ausges. Qualität)
Kartoffelfabrikate:
Kartoffelmehl
Kartoffelstärke
Kartoffelmalzmehl
Kartoffelflocken
Kartoffelschnitzel

Wir empfehlen uns zur Winter- u. Früh-
jahrslieferung von
Künstlichen Düngemitteln.

Handel Zamorski

*

Gdański

Wir empfehlen, sofort
lieferbar:
Landwirtschaftlicher
Kalender für Polen
für 1924.

Preis 240 000 Mark,
nach auswärts unter Nach-
nahme mit Zuschlag von
Porto u. Verpackungs-Spesen.
Angebote sehen entgegen
Posener Buchdruckerei u.
Verlagsanstalt T. A.
Abt. Versandbuchhandlg.
Poznań, Zwierzyniecka 6

Benjerglas

in allen Sorten,
Glaserbst,
Glaserdiamanten,
Bilderteilen
liefert E. Zippert,
Gniezno.

AUTOREIFEN
LEICHTBENZIN

offert unter Tagespreisen

„BRZESKIAUTO“ T. A.

Poznań, ul. Skarbowa 20.

Fabrikneue

Hawa-Dampfdreschmaschinen

(deutsches Fabrikat)

mit voller Reinigung, Sortierzylinder,
Kaffgebläse, Trommelbreite 1700 mm,
Stundenleistung ca. 20 Zentner,
sofort ab Lager lieferbar.

„MECENTRA“

Maschinen-Zentrale, T. z. o. p.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.

Trieure für Mülerei, Landwirtschaft
Brauereien u. Mälzereien.

Fabrikat: Flammger, Zudse & Co., Dresden.

Generalvertreter in Polen:

Ing. H. Jan Markowski
Poznań, Mielżyńskiego 28. Tel. 5248.

„Ruberoid“ 1925

die zeitgemässe Dacheindeckung!
Offerten und Muster auf Anforderung!
Lieferung sofort ab Lager Poznań.

Oskar Becker, Poznań, sw. Marcin 69.

**Rohs-, Rohlen-
Holz-Anfuhr.**

Abfuhr von Waggonladungen,
Geplangstellung übernimmt

„Britania“

Inhaber Georg Prügel,
ul. Jezycza 41, I. Tel. 1677.

Suche eine

Landwirtschaft

mit gutem Boden von 100
bis 300 Morg. zu pachten,
ferner 1 Wassermühle od.
Motormahlmühle m. Land
in guter Gegend zu pachten.

Gest. Angebote an:
Michalek, Poznań,
ul. Łutajewicza 13.

**Deutschsprechender
Student**

erteilt Unterricht in der
polnischen Sprache, sowie
Nachhilfestunden. — Angebote
unter 4060 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

Heirat! Suche für

mein Sohn
tücht. Kaufmann, 29 Jahre,
statil. Erbschein, poln. Staats-
bürger, auch d. poln. mächti-
gsten Bekanntheit mit
deutsch-lath. Damen. Einheirat
i. Landwirtschaft, nicht u. 200 Mg.
od. flotten Geschäftsbetr. Eltern
gut erzog. Töchter wollen aus-
führl. Zuschriften senden unter
J. P. 4016 a. d. Geschäfts. d. Bl.

An unsere Leser!

Durch die gewaltige Steigerung aller Rohmaterialien, namentlich des Druckpapiers und der Löhne usw., sind wir in die Notlage verwickelt, das Abonnement für den Monat November um 100 Prozent nachträglich zu erhöhen. Wir bitten daher unsere Leser, denselben Betrag, der bereits für November gezahlt wurde, zum Ausgleich unserer Selbstkosten nochmals zu zahlen; in der Stadt an unsere Boten und Agenturen oder an die Geschäftsstelle, Zwierzyńska 6. Auswärtige Leser bitten wir, auf unser Postcheckkonto Poznań Nr. 200 283 mit Vermerk: „Posener Tageblatt (November)“ den Betrag nachzuahlen.

Verlag des Posener Tageblatts.

Aus Stadt und Land.

Posen, 17. November.

Zur letzten Erhöhung der Eisenbahntarife

Oringt der „Dziennik Wpogski“ in Bromberg folgende Zuschrift: „Wegen Erhöhung des Eisenbahntarifs ist es von Nutzen, an die Meinung des russischen Verkehrsministers Witte zu erinnern, der die Eisenbahntarife bis zur äußersten Grenze ermäßigte, wobei er von der Ansicht ausging, daß der Personentarif im Eisenbahnbudget keinen Gewinn bringen sollte, da der Personenverkehr unerlässlich wäre für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Menschen, was erst eine Vermehrung des Warenverkehrs nach sich zöge, für den in erster Linie Bahnen gebraucht würden, und auf dem die ganze Kalkulation der Rentabilität der Bahnen beruhe. Die Erleichterung der Transporte, — das ist die Kardinalfrage der Eisenbahn, und für dieses Ziel sollte man alles aufwenden. Nur in Ausnahmefällen sollte der Passagierverkehr irgendeinen Gewinn abwerfen. Wie bei der Anlage von Schulen die Regierung nicht auf Gewinn zählen kann, ebenso ist der Personenverkehr in jedem Staate ein kulturelles Bedürfnis, das der Staat fördern muß. Nur wenn man die Eisenbahnwirtschaft unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, kann sie zur allgemeinen Verbesserung der Volkswirtschaft des Landes beitragen. Was die letzte 200prozentige Erhöhung der Eisenbahntarife zur Folge gehabt hat, wissen wir alle: Eine allgemeine, für den Staat mörderische Vertierung des Lebens, die im Endeffekt der Staatsbankrott zuzurechnen muß. Mialski sagte mit Recht, daß 5 Billionen Gewinn aus dem Eisenbahnverkehr 800 Billionen Verluste auf allen anderen finanziellen Gebieten nach sich ziehen. Deshalb kann die zu Neujahr beabsichtigte weitere Erhöhung der Tarife leicht ein tödlicher Schlag werden, den wir einer falschen Wirtschaftsmethode zu verdanken hätten.“

Inzwischen ist uns bekanntlich eine abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife, und zwar von 100 Prozent für den Personen-

tarif und von 200 Prozent für den Frachttarif zum 1. Dezember in Aussicht gestellt!

Die neuen Zahlen.

Die Gegenwart lehrt uns mit Zahlen operieren deren Vorstellung uns früher fremd war. Kein Wunder, daß viele Leute sich an diese neuen Zahlenbegriffe noch nicht gewöhnen und sich von ihnen keine Vorstellung machen können, wie wir aus zahlreichen Anfragen erleben. Zu Ruß und Prommen aller seien daher nachstehend einige der modernen Zahlenbegriffe festgelegt.

Eine Billion bildet im Deutschen die dreizehnte Einheit in dem dekadischen Zahlensystem, bedeutet also eine Million Millionen oder die Zahl 1 000 000 000 000. (Abweichend davon ist die Bedeutung dieses Wortes bei den Franzosen und anderen südeuropäischen Völkern, die nicht mit den Namen Billion, Trillion usw. nach Potenzen von Millionen, sondern nach Potenzen von Tausenden fortzuschreiten, so daß diese darunter nur tausend Millionen, also so viel als eine Milliarde verstehen und das, was wir Billion nennen, mit Trillion bezeichnen.) Eine Million Billionen (1 000 000 000 000 000 000) bildet eine Trillion, eine Million Trillionen eine Quadrillion (eine 1 und 24 Nullen); eine Million Quadrillionen eine Quinquillion (eine 1 und 30 Nullen). In sinntensprechender Weise entsteht eine Sextillion, Septillion, Oktillion usw. Das letztere zu wissen, ist nicht ganz unwesentlich, da die Zeit die Menschheit vielleicht auch noch einmal an solche Zahlenmonstra gewöhnt.

Zur Bekämpfung der Diphtheritis.

Dem „Kurier Poranny“ zufolge ist in der letzten Sitzung der Hygienischen Gesellschaft in Lwów beschlossen worden, die besondere Aufmerksamkeit der Bekämpfung der Diphtheritis zuzuwenden. Insbesondere sollen all die neuen Methoden, die in Westeuropa und Amerika in den letzten Jahren erprobt worden sind, auch in Polen zur Anwendung gelangen.

h. Gasverschwendung.

Die Gasverbraucher jammern über die im Einklang erfolgenden Erhöhungen des Gaspreises. Selbstverständlich müßte man nun erst recht jede Vergeudung des Gases bei der Straßenbeleuchtung vermeiden. Trotz aller Hinweise im „Pos. Tagebl.“ scheinen manche Laternenbesitzer doch noch nicht rechtzeitig aufzustehen, denn heute früh 7 Uhr — also bei hellem Tageslicht — brannten die Laternen in der ul. Elarbowa (fr. Luiseustr.) und in der ul. Franciszka Katalajzka (fr. Ritterstr.) immer noch, — allen Steuerzahlern zuleibe. Aber bei dem jetzt üblichen Gaserhöhungstempo muß man wohl trotzdem auf seine Rechnung kommen, denn sonst müßte derartige doch längst unmöglich sein.

Die Feuerungssteigerung.

Der Wojewodischatsauschuß zur Prüfung der Änderungen in den Unterhaltskosten hat in seiner Sitzung vom 15. November festgestellt, daß die Feuerung in der ersten Hälfte des laufenden Monats im Vergleich zur zweiten Hälfte des Vormonats um 46,35 Prozent gestiegen ist.

Keine Zuckertlieferung an die Mühenaffordarbeiter.

Das Landwirtschaftsministerium hat den Antrag der landwirtschaftlichen Arbeitgeberorganisation des ehemals preussischen Gebiets, den Mühenaffordarbeitern eine Gabe von je 2 Pfund Zucker

für den Morgen ausgegrabene Zuckerrüben zu liefern, wie das „Landw. Zentralwochenbl. für Polen“ mitteilt, abschlägig beschieden.

X Verbeverbesserung.

Die Wielkopolska Zgba Rolnicza (Großpolnische Landwirtschaftskammer) beantragt, wie aus dem heutigen Angeigenteile ersichtlich ist, am Mittwoch, dem 28. d. Mts., eine Ausstellung und Versteigerung von Zuchthengsten und Stuten, sowie Reit- und Wagenpferden.

X Die Posener Bahnhofsverwaltung.

hat, wie wir bereits vor einiger Zeit mitteilten, in dem bisherigen Pächter des Kaiserlichen Bahnhofs Anton Gieslak mit Beginn dieses Monats einen neuen Pächter erhalten. Er veröffentlicht im heutigen Angeigenteile eine Anzeige, auf die wir hiermit ganz besonders aufmerksam machen.

Am Buß- und Bettage, nächsten Mittwoch, dem 21. d. Mts.,

bleiben die deutschen Banken geschlossen. Näheres siehe im heutigen Angeigenteile.

□ Bromberg, 16. November.

In der gestrigen Stadtkonferenz wurde eine Anleihe von 15 Millionen Mk. zum Ankauf von Kohlen für die Gasanstalt bewilligt. Darauf wurde ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats verlesen, demzufolge die Direktion der Gasanstalt und Wasserleitung infolge der geringen Ergebnisse die durch die Erhebung von Vorschüssen für einen 1/2 monatigen Wasserverbrauch erzielt werden würden, auf die Erhebung dieser Vorschüsse verzichten sollte. Dieser Antrag wurde von den Stadtverordneten zur Kenntnis genommen.

Briefkasten der Schriftleitung.

Anstufte werden unter Lesern gegen Einleitung der Besorgnisstellung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.

B. S. Sie irren, wenn Sie annehmen, daß die Ergebnisse der bisherigen Dresdener deutsch-polnischen Verhandlungen von beiden Staaten bereits ratifiziert worden sind; es handelt sich vielmehr einstweilen nur um Vorverhandlungen. Dazu gehört auch die Angelegenheit der Friedensinvaliden. Zurzeit haben Sie demnach kein flugbares Recht auf Nachzahlung und Fortzahlung der Rente.

525. 1. Sie haben, da Sie nicht Jagdpächter sind, überhaupt nicht das Recht, das Wild abzuschießen, können aber gegen den Jagdpächter Wildschadenersatzlage anstrengen. 2. Das vollendete 18. Lebensjahr.

Chr. P. in B. Der Standpunkt der Kirchenkasse Ihnen gegenüber ist infolge des Sinkens der Mark nach den von uns veröffentlichten Gerichtsurteilen durchaus berechtigt.

Eingelandt.

(Für viele Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die persönliche Verantwortung.)

Die Sprachenfrage in der Ortskrankenkasse.

An die Ortskrankenkasse richte ich als Mitglied der Kasse die Frage, aus welchem Grunde sie auf eine Eingabe in deutscher Sprache die Auskunft verweigert? Meines Wissens ist die Kasse nicht berechtigt, deutsche Eingaben einfach unerledigt zurückzuweisen. Die deutschen Kassenmitglieder haben, da sie ja auch zu den gleichen Pflichten herangezogen werden, die gleichen Sprachrechte wie die Polen und können verlangen, daß jede Eingabe in deutscher Sprache Gehör findet.

Ein Krankenkassenmitglied.

Sukiennice

POZNAŃ, Stary Rynek 56
Tuchhallen Alter Markt 56

Zum Winter!

Mäntel-
Anzug-
Kostüm-
Stoffe

von
1 500 000 Mk.

Konkurrenzlos:
Bielitzer Mäntel-Stoffe
zu 2 690 000 und
2 980 000 Mk.

Reste- Ausverkauf

und günstig eingekaufter Coupons und
Stücke zu ganz besonders niedrigen
Preisen.

Hervorragende Gelegenheit zum Einkauf von
reellen Stoffen für die kalte Jahreszeit.

Nicht das Billigste zu bringen, sondern das Beste zu billigsten Preisen verkaufen ist unser Prinzip.

Tuch - Ausschnitt

erstklassiger Erzeugnisse der Bielsko-Bielitz-Biala-
Zgierz-Tomaszów und ausländischer Fabriken.

Ankäufe u. Verkäufe

Deutsche Dame
kauft sofort ein

Gut

von 200—300 Morg.,
schön gelegen, mit gutem
Wohnhause. Ellofert. bitte
unter Z. M. 7370 an die
Geschäftsstelle dies. Blattes.

Ein gut erhaltenes
Wiegepferd
sowie **Sinderchlitten**
zu kaufen gesucht.
Mueller, Architekt,
Poznań, Małeckiego 26 I.

Du ersparst viel, wenn Du das
Korn zu Hause schrotest
mit der
Schrotmühle „Nitscheska“;
sie ist in der Leistung unerreicht!

Nitsche i Sp.,
Maschinenfabrik, Poznań, Sw. Marcin 33.

Schreib- und Zeichentische

verkauft
E. Jentsch, Poznań, ul. Fr. Rataiczaka 20.

Wöbelageräumung!
Billig zu verkaufen:
Sofa mit Mahagoni-
umbau u. Spiegel, Sofa
mit 2 grünen Sesseln u.
Umbau, Waschtiselen
u. Nachtsche, versch.
Sofas, Stühle, Tische,
Schreibtische, Küchen-
tische und Särante,
Zinkbadewanne. Auf
gekauft Möbel vom Lager
Plac Sapieżński Nr. 3,
im Hofe, gebe 33 1/2 % Rabatt.
M. Berhardini.

Pension

wird z. l. Verbr.
frei; für
Berufsdame

Waly Królowej Jadwigi 8a III I.

Wir offerieren, antiquar.
Richard Wagner,
Barfial
Vollständ. Klavierauszug
von Karl Albinoworth.
Posener Buchdruckerei
und Verlagsanstalt T. A.
Abt. Versandbuchhandlg.
Poznań, ul. Zwierzyńska 6.

Hiermit zur gefl.
Kenntnisnahme, dass ich bei
meinem **Engros-Schuhwarengeschäft**
Stary Rynek 35, Eingang ul. Wiankoma
eine Spezial-Abteilung für

* Einzelverkauf *

eingerrichtet habe. Hochachtungsvoll

Telesfor Szubarga, Poznań,
Stary Rynek 35 (Eingang ul. Wiankowa).

Suche zum 1. 1. 24 jungere

Beamten,

der unter meiner Leitung zu
wirtschaften hat. Polnische
Sprache erforderlich. (4039)

K. Schindowski,
Wojoczkha bei Buk.

Suche für meinen Gesellen
der bei mir ausgelernt hat
und außerdem ein Jahr als
erster Geselle tätig war, bald

Stellung

als Erster in größerer Mühle
oder als Alleiniger in kleinerer
Mühle. Er ist vertraut mit
Wasser- und Sauggas-
motoren, allen einschlägigen
Müllereimaschinen und ge-
wandt in Bedienung der Kunden.
Weber Sprachen in Wort und
Schrift mächtig, äußerst tüchtig,
ehrlich, zuverlässig. Werte An-
gebote mit Gehaltsanprüchen an

J. Huppa,
Młyn matorowy,
Ks. Nowawies, p. Bralin,
pow. Kępno (Pozn.).

Marcin Wittkowski

Poznań, plac Wolności 1.

Außerordentlich billig!

Herren-Ülster-Flausch

Modernste Raglan- u. Schlüpfer-Formen

Serie I 27½ Millionen

Serie II 31½ „

Serie III 35 „

Serie IV 37½ „

Serie V 49½ „

Aus reiner Wolle, engl. Dessins.

Beachten Sie meine Innenausstellung am Sonntag.

Gegr. 1903.

Gegr. 1903.

Der Fluchlinienplan für die Verbindungsstraße der ulica Szamarywskiego mit der ul. Slowackiego längs des Grundstücks der evangel. St. Lukas-Kirche ist förmlich festgestellt und kann im Stadt. Vermessungsamt eingesehen werden.
Poznań, den 12. November 1923.
Magistrat VII.

Eiserne Breitdreschmaschinen

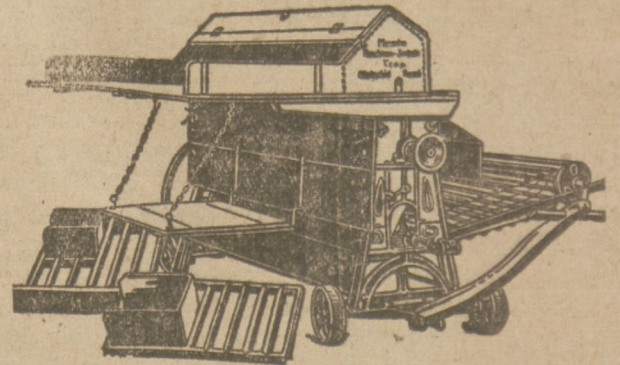
eigenes Fabrikat, „System Jaehne, Landsberg“, mit Rollenschüttler, im Kugellager laufend, fahr- und lenkbar, Trommelbreite 1750 mm,

liefert günstig sofort ab Lager (4027)

„MECENTRA“ Maschinen - Zentrale

T. z o. p.

Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.



Größtes Automobil-Spezial-Unternehmen in Westpolen. Gegr. 1894.

FIAT-AUTOMOBILE

die billigsten Wagen in der Anschaffung und im Betriebe
In weltbekannt erstklassiger Ausführung empfiehlt zu niedrigst kalkulierten Preisen

„BRZESKIAUTO“ T. A. POZNAŃ, ul. Skarbowa 20.

Tel. 34-17. Ständiges Lager in Gelegenheitskäufen. Tel. 41-21.

Wieder vorrätig:
Popliński - Dr. Loewenthal
Polnisches

Elementarbuch

geb. jetzt 500 000 Mk.
nach auswärts unter Ein-
schreiben bei vorheriger
Einsendung des Betrages

518000 Mark

unter Nachn. 518000 M.

Posener Buchdruckerei und

Verlagsanstalt T. A. Poznań,

Zwierzyniecka 6.

1 Motor (1½ PS.)

2 große Zinkbadewannen

verkauft sich, Wien.

Unsere Geschäftsräume sind am
Mittwoch, dem 21. November
für sämtlichen Verkehr geschlossen.

Bank für Handel und Gewerbe, Poznań | Tow.
Poznański Bank dla handlu i przemysłu | Akc.
Danziger Privat-Aktien-Bank (Filiale Posen), Poznań.
Direktion der Diskonto-Gesellschaft (Filiale Posen), Poznań.
Posensche Landesgenossenschaftsbank, sp. zap. z Poznań.
Prov.-Genossenschaftskasse für Posen, ogr. odp., Poznań.

Vier bessere junge Damen

wünschen einen modernen

Tanz-Büchel

befahren. Angebote unter

4053 an die Geschäftsstelle

d. Bl. erbitten.

Heirat! Guts. Herren

a. Deutschland

n. d. Auslande wünschen

glückl. Heirat. Damen, wenn

auch ohne Verm. gibt Ausk.

diskret. Stabrey, Berlin

N. 113, Stolpischestr. 48.

Weihnachtswunsch

Gebild. Dame, Ende 20er,

in guten Verhältnissen lebend.

Aussteuer u. Vermögen vorh.

sucht auf diesem nicht mehr

unangewohnten Wege die Ver-

ständigung eines gebild. Herren

zwecks Heirat.

Es kommen nur Herren vom

Land aus besser Familie im

Alter von 30-45 Jahren in

Frage. Gefl. Offerten unter

9592 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Ankäufer u. Verkäufer

Methode Toussaint-Lang:

Französisch, antiquarisch, zu

kaufen gesucht. Angebote unter

2. 4058 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Gold, Brillanten,

schweizer Uhren, Trauringe,

Ankauf - Verkauf

nehme in Kommission.

Chwilkowski, sw. Marcin 40.

Grauen Haaren

gibt die Naturfarbe

unter Garantie wieder

„Axela“

Haar-Regenerator

J. Gadebusch,

Poznań, Nowa ul. 7

Bohanneg

Solider Student

sucht ein ruhiges

Zimmer

(evtl. gegen Nachhilfestunden).

Gefl. Offerten unt. N. 4059

an d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Möbl. Zimmer

wird von einer Dame zum

1. 12. 23 gesucht. Gefl. Ang.

mit Preisangabe u. 4019 a.

d. Geschäftsst. d. Bl. erbitten.

Größ. Zimmer

möbl. od. unmöbl. sucht eine

Dame mit 3jähr. Kinde, mögl.

mit Küchenbenutzung. Abhand-

lung resp. Miete auf läng. Zeit im

Voraus wird gezahlt. Adr.:

Fr. Berndt, Pensionat

Rowecka, Gwarna 17 II.

IX. Ausstellung u. Versteigerung

von

Zuchthengsten und Stuten

sowie

Reit- und Wagenpferden

findet am

Mittwoch, dem 28. November d. Js. in Poznań

Zapras Konl w Reducie Przemysława, plac Drwęskiego statt.

Anfang der Ausstellung um 8 Uhr, der Versteigerung um 10 Uhr.

Wielkopolska Izba Rolnicza.

„Dom“ Strohelevatoren

„Dom“ Saateggen

„Dom“ Getreide-Reinigungs-Maschinen

„Original Jaehne“ Breitdrescher

fabriziert bzw. liefert preiswert

Danzig-Oliwaer

Maschinenfabrik und Dampfsägewerk Akt.-Ges

Telefon 8998.

DANZIG, Frauengasse 35.

Werke in Oliwa.

Fabrik-Kartoffeln

sowie

Kartoffel-Fabrikate

kauft und erbittet Angebote

Emil Frühling, Poznań

sw. Marcin 45

Drahtadr.: „Sadzonki“.

Tel. 3099 u. 5349.